

Beschluss des gemeinsamen Bundesausschusses der Europa-Union und
der Jungen Europäischen Föderalisten vom 25.03.2023

Der Bedrohung von Pressefreiheit und Medienkonzentration entgegenwirken

Pressefreiheit und -vielfalt bzw. Medienfreiheit und -vielfalt sind für eine funktionierende Demokratie unabdingbar. Unabhängige Medien sind neben den demokratisch gewählten Institutionen eine der tragenden Säulen für eine plurale Meinungsbildung, unabhängige Berichterstattung und einen offenen Diskurs zur politischen Willensbildung. Deshalb sind die Freiheit der Meinungsäußerung, die Informationsfreiheit sowie die Freiheit der Medien und ihre Pluralität in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert.

In vielen Teilen der Welt gibt es keine Pressefreiheit, der freie Teil Europas bildete lange eine positive Ausnahme. Aber selbst in der EU hat sich die Lage für Journalistinnen und Journalisten und für die Freiheit der Medien in den vergangenen Jahren verschlechtert. Journalisten und Journalistinnen werden zunehmend in ihrer Arbeit behindert, eingeschüchtert und bedroht. Wahrzunehmen ist auch, dass missbräuchliche Klagen initiiert werden, um Medienvertreter in ihrer Arbeit einzuschränken. In der jüngeren Vergangenheit wurden mutige Journalistinnen und Journalisten wie Daphne Caruana Galizia und Ján Kuciak wegen ihrer Investigativarbeit ermordet.

Die Unabhängigkeit und der Pluralismus von Presse und Medien werden auch durch die zunehmende Zentralisierung, durch Interessenkonflikte beim Medienbesitz sowie Marktkonzentration und Monopolisierungstendenzen in Frage gestellt. Die Berichterstattung droht dadurch einseitig zu werden, unterschiedliche Perspektiven, die für die Informationsfreiheit unverzichtbar sind, drohen verloren zu gehen.

Deshalb begrüßen die Europa-Union Deutschland (EUD) und die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) die Initiative der Europäischen Kommission zur weiteren Entfaltung und Sicherstellung der Medienfreiheit mit unmittelbar bindenden EU-Gesetzen. Die bisher bekannten Vorhaben sind jedoch nicht weitreichend genug, um den Herausforderungen zu begegnen. Deshalb fordern wir weitere Schritte und Maßnahmen:

- Wirksamer Schutz von Journalistinnen und Journalisten durch ein europaweit verschärftes Strafrecht bei Einschüchterungsversuchen und Übergriffen;

- Einrichtung eines unabhängigen europäischen Gremiums für Medienfreiheit;
- Stärkung der Pressefreiheit: Sofern das Gremium belegbare Einschränkungen in EU-Ländern feststellt, muss der Rechtsstaatsmechanismus mit harten Sanktionen greifen.
- Wirksames Verbot sog. Strategischer Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP), auch wenn die Klagen keinen grenzübergreifenden Charakter haben.
- Verbot einer staatlichen Monopolisierung der Presse und Medien, öffentlich-rechtliche Medien müssen unabhängig von Regierungen und einzelnen Parteien sein.
- Offenlegung der Eigentumsverhältnisse und wirtschaftlicher Verflechtungen der Medien und Einführung eines öffentlich zugänglichen Europäischen Transparenzregisters für den Medienbereich.
- Verbot von Interessenkonflikten beim Medienbesitz: einzelne Personen dürfen nicht Regierung und/oder Parteien dominieren und gleichzeitig relevante Anteile an Medien halten
- Sofern das unabhängige europäische Gremium für Medienfreiheit feststellt, dass in den Mitgliedstaaten zuständige Stellen untätig sind oder deren Unabhängigkeit unzureichend ist, muss eine Zerschlagung von Marktkonzentrationen erfolgen, ohne dabei – entgegen dem Subsidiaritätsprinzip – die Kompetenz der Mitgliedstaaten und Kulturhoheit der Länder zu verletzen.
- Entfaltung einer breiten und unabhängigen Berichterstattung für die Bürgerinnen und Bürger in der EU durch Sicherstellung einer unabhängigen Finanzierung der Medien.
- Offenlegung über die Zuweisung von Mitteln dritter Stellen an Medien- und Pressehäuser sowie Herkunft der Einnahmen aus Werbung und anderen Einkünften.
- Offenlegung von Zuflüssen öffentlicher und staatlicher Gelder sowie Transparenz bei der Vergabe von staatlicher Werbung.
- EU-Finanzierung für unabhängig produzierte Medienformate und einen europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit europäischer Perspektive inklusive fact-checking zur Förderung einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit und als Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Falschinformationen. Regionale Medien können ob ihrer Alltagsnähe einen zentralen Beitrag zur Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit leisten und europäische Politik demokratischer und wirksamer vermitteln. Regionale Medien sollen daher dabei gefördert werden, innovative Beiträge zur europäischen Öffentlichkeit zu leisten.